

01.12.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Einzelplan 07 - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Berichterstatter

Abgeordneter Martin-Sebastian Abel

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 01.12.2015/Ausgegeben: 01.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

- | | |
|--|----------------------------|
| - Ausschuss für Kultur und Medien | Vorlage 16/3460 (Neudruck) |
| - Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Vorlage 16/3465 |
| - Hauptausschuss | Vorlage 16/3474 (Neudruck) |
| und vom | |
| - Sportausschuss | Vorlage 16/3494 (Neudruck) |

beraten. Zusätzliche Erläuterungen zum Einzelplan 07 lagen den beteiligten Fachausschüssen mit der Vorlage 16/3172 vor.

- a) Der Ausschuss für Kultur und Medien hat die kulturrelevanten Kapitel 07 100 (Landesarchiv, Archivwesen) und 07 050 (Kulturförderung) sowie in seiner Sitzung am 19. November 2015 abschließend beraten und abgestimmt. Die dort bereits vorgelegten sechs Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dem federführenden Ausschuss einstimmig zur Annahme empfohlen. Einbezogen in die Beratungen waren die Vorlagen 16/3172 sowie 16/3262. Der Einzelplan 07 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen. Im Übrigen wird auf die Vorlage 16/3460 (Neudruck verwiesen)
- b) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat seine Beratungen am 17. September 2015, 29. Oktober 2015 beraten und am 19. November 2015 abschließend beraten und abgestimmt. Die dort bereits vorgelegten Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dem federführenden Ausschuss zur Annahme empfohlen. Die dort ebenfalls vorgelegten Änderungsanträge der Fraktion der CDU wurden mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus den Anhängen der Vorlage 16/3465. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde so verändert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.
- c) Der Hauptausschuss hat das in seinen Zuständigkeitsbereich fallende Kapitel 07 070 (Landeszentrale für politische Bildung) unter Berücksichtigung der Vorlagen 16/3301 und 16/3435 in seiner Sitzung am 19. November abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU sowie vier Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurde angenommen, der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus Vorlage 16/3474 (Neudruck). In der abschließenden Abstimmung über das Kapitel 07 070 (Landeszentrale für politische Bildung) in der geänderten Fassung wurde dieses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.
- d) Der Sportausschuss hat das in seinen Zuständigkeitsbereich fallende Kapitel 07 060 (Förderung des Sports) in seiner Sitzung am 24. November 2015 abschließend beraten

und abgestimmt. Dort lag ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sowie ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung vor. Mit der Annahme des weitergehenden Antrags der Koalitionsfraktionen hatte sich eine Abstimmung über den CDU-Änderungsantrag erledigt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus der Vorlage 16/3494 (Neudruck). In der Schlussabstimmung über das Kapitel 07 060 in der veränderten Fassung wurde dieses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

B Beratungsergebnisse der Berichtstatter des Haushalts- und Finanzausschusses

Die Berichtstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/3301.

C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Der Unterausschuss Personal hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss am 1. Dezember 2015 zum Einzelplan 07 – Personaletat – votiert:

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN empfahl er Annahme des Personaletats.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015 - Drucksache 16/10500 - dargestellt.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/10520 - zu entnehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 1. Dezember 2015 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. In der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurden 13 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung gestellt. Die Voten der Fachausschüsse, das Abstimmungsverhalten und die Ergebnisse ergeben sich aus den Anhängen.

D Abstimmung, Ergebnis

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde so verändert mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP sowie der PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: 13 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag zum Einzelplan 7
zum Haushaltsgesetz 201
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik Titel 684 70 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016:</td> <td style="width: 50%;">2015:</td> </tr> <tr> <td>von 21.788.600 Euro</td> <td>21.788.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 23.788.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Anpassung des Haushaltsvermerks Nr. 6 in der TG 70: <i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von insgesamt 3.100.000 EUR der Einsparungen bei Kapitel 07 040 Titel 633 10, 633 20, 684 10 sowie Titelgruppen 62, 89 bis 94 und 97 geleistet werden.</i></p> <p><u>Begründung:</u> Mit der Erhöhung des Ansatzes soll die Finanzierung der Familienbildung auf eine solide Grundlage gestellt werden. Über einen Zufließvermerk (Nr. 6) aus dem KiBiz-Deckungskreis wird im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung in gleicher Höhe die Finanzierung gesichert. Diese kann aber erst nach Feststellung der tatsächlichen Ausgabenhöhe im Bereich der frühkindlichen Bildung (vgl. Haushaltsvermerk Nr.2 zu den Ausgaben bei Kap. 07 040) ermittelt werden. Dies führte in der Vergangenheit zu einer erheblichen Planungsunsicherheit bei den Trägern.</p>	2016:	2015:	von 21.788.600 Euro	21.788.600 Euro	um 2.000.000 Euro		auf 23.788.600 Euro		<p><u>Votum des AFKJ</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD: ja CDU: Enthaltung GRÜNE: ja FDP: Enthaltung PIRATEN: Enthaltung</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
2016:	2015:										
von 21.788.600 Euro	21.788.600 Euro										
um 2.000.000 Euro											
auf 23.788.600 Euro											

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 64 Leistungen für Mädchen in besonderen Lebenslagen Titel 684 64 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 250.000 Euro</td> <td>250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 750.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Verpflichtungsermächtigung (VE) bei Titel 684 64</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td></td> <td>- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td></td> <td>750.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td></td> <td>750.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit 2017: 450.000 Euro 2018: 300.000 Euro</p>	2016	2015	von 250.000 Euro	250.000 Euro	um 500.000 Euro		auf 750.000 Euro			2016			von		- Euro		um		750.000 Euro		auf		750.000 Euro		<p><u>Votum des AFKJ</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD: ja CDU: Enthaltung GRÜNE: ja FDP: Enthaltung PIRATEN: Enthaltung</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
2016	2015																										
von 250.000 Euro	250.000 Euro																										
um 500.000 Euro																											
auf 750.000 Euro																											
	2016																										
von		- Euro																									
um		750.000 Euro																									
auf		750.000 Euro																									

		<p>Begründung: Mädchen, die von häuslicher Gewalt und/oder von Zwangsheirat bedroht sind, befinden sich in einer akuten, besonderen Gefährdungssituation, in der häufig eine sofortige, anonyme Unterbringung erforderlich ist. Neben einer schnellen, unbürokratischen Aufnahme benötigen sie spezialisierte Begleitung. Insbesondere im Rheinland fehlt es hier an entsprechenden Plätzen. Die Mittel werden benötigt, um der besonderen Schutzbedürftigkeit und Vulnerabilität von Mädchen Rechnung zu tragen. In Form eines Modellprojekts soll ein Konzept für eine spezialisierte Einrichtung für Mädchen im Rheinland in der Größe von 8 Plätzen erstellt, umgesetzt und begleitet werden.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD Grüne	<p>Kapitel 07 050 Titelgruppe 60</p> <p>Titel 633 60</p> <p>Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 6.778.500 Euro</td> <td>6.778.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 7.278.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die neuen Integrationsaufgaben können in besonderem Maße durch eine Verstärkung integrativer Musikangebote mit bewältigt werden. Auch eine Förderung der globalen Musik kann besonders geeignet sein, kulturelle Vielfalt zu leben und Toleranz gegenüber vielfältiger kultureller Darstellungen zu erzeugen. Entsprechende musikalische Projekte von Musikschulen, Orchestern u.a. können durch diese Erhöhung im Rahmen der Integrationsmaßnahmen des Landes NRW verstärkt werden. Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S. 76, heißt es: „Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau erhalten und - wo möglich und geboten - ausbauen.“ Aufgrund der erstarkenden Zuwanderung ist hier ein Ausbau des Angebotes zwingend.</p>	2016	2015	von 6.778.500 Euro	6.778.500 Euro	um 500.000 Euro		auf 7.278.500 Euro		<p><u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>Enthaltung</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>Enthaltung</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>ja</td></tr> </table> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td>Enthaltung</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>Enthaltung</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td>ja</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja
2016	2015																														
von 6.778.500 Euro	6.778.500 Euro																														
um 500.000 Euro																															
auf 7.278.500 Euro																															
SPD	ja																														
CDU	Enthaltung																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enthaltung																														
PIRATEN	ja																														
SPD	ja																														
CDU	Enthaltung																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enthaltung																														
PIRATEN	ja																														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe 62 Theaterförderung</p> <p>Titel 633 62 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeinde- verbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 20.621.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.221.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.821.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Das Theater als Gegenwartskunst muss sich der Digitalisierung stellen. Hierzu sind neue Theaterformen notwendig, die sich mit dem Internet und seinen sozialen Netzwerken befassen. Um insbesondere auch die internetaffinen Generationen am Theater zu halten, oder neu dafür zu interessieren, bedarf es entsprechender Projekte und Experimente, so, wie sie z.B. im Theater Dortmund ausprobiert werden.</p>	2016	2015	von 20.621.900 Euro	20.221.900 Euro	um 200.000 Euro		auf 20.821.900 Euro		<p><u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja
2016	2015																														
von 20.621.900 Euro	20.221.900 Euro																														
um 200.000 Euro																															
auf 20.821.900 Euro																															
SPD	ja																														
CDU	Enthaltung																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enthaltung																														
PIRATEN	ja																														
SPD	ja																														
CDU	Enthaltung																														
GRÜNE	ja																														
FDP	Enthaltung																														
PIRATEN	ja																														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	Kapitel 07 050 Titelgruppe 64 Titel 633 64 Erhöhung des Baransatzes 2016 von 7.792.500 Euro um 800.000 Euro auf 8.592.500 Euro	Kulturförderung Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche Sonstige Zuweisungen an Gemeinden Ansatz lt. HH 2015 7.792.500 Euro	<u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u> SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung einstimmig angenommen SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung
		Begründung: Im Rahmen des erfolgreichen Projektes „Kulturrucksack“ sollen die Mittel wegen der zusätzlichen Integrationsaufgaben in den Kommunen vor Ort deutlich verstärkt werden. Viele Kinder und Jugendliche können insbesondere durch ein verstärktes kulturelles Angebot vor Ort integriert werden und sich kulturell sowie sprachlich besser und schneller orientieren. Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S. 76, heißt es: „Wir werden die Kulturförderung durch das Land für alle Sparten auch in Zukunft auf dem erreichten Niveau erhalten und - wo möglich und geboten - ausbauen.“ Aufgrund der erstarkenden Zuwanderung ist hier ein Ausbau des Angebotes zwingend geboten.		

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kultur- austausch</p> <p>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">694.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">944.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">994.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>a) Inklusions- und Integrationsprojekte sind besonders geeignet, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu thematisieren, herzustellen und zu leben. Kultur bietet hervorragende Plattformen zum Benennen von Werten und deren Reflexion. Besonders für junge Flüchtlinge sollen Angebote im Rahmen kultureller Bildung in zahlreichen Sparten, insbesondere über die Soziokultur und Maßnahmen im Rahmen des internationalen Kulturaustausches, insbesondere auch der globalen Musik, erschließbar werden. Hierfür sind insgesamt 300.000 Euro mehr einzustellen.</p> <p>Zur Absicherung des "Kulturserverns" sollen davon 30.000 Euro bereitgestellt werden.</p>		2016	2015	von	694.000 Euro	944.000 Euro	um	300.000 Euro		auf	994.000 Euro		<p><u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	2015													
von	694.000 Euro	944.000 Euro													
um	300.000 Euro														
auf	994.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

lfd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe 63 Stiftung „Jedem Kind Instrumentalspiel, Tanzen, Singen (JeKits)“ Titel 686 63 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>2016: von 8.000.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 9.000.000 Euro</p> <p>2015: 8.000.000 Euro</p> <p>Fälligkeiten der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung: 2017 = 420.000 Euro, 2018 = 580.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Umstellung auf das Projekt JeKits läuft erfolgreich. Die Umstellung von JeKi auf JeKits könnte damit beschleunigt werden.</p>	<p><u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 91 Förderung von Kulturbauten</p> <p>Titel 883 91 Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 20%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2016</th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2015</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.600.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u> Umbauten, Anbauten, Neubauten, Restauration, Renovierung oder Reparaturen von und an Kulturbauten sind dringend notwendig. Aktuelle Bauvorhaben, insbesondere die Errichtung des Pina – Bausch – Zentrums, machen eine Erhöhung des Mittelansatzes dauerhaft erforderlich.</p>		2016	2015	von	1.600.000 Euro	1.100.000 Euro	um	1.300.000 Euro		auf	2.900.000 Euro		<p><u>Votum AKM</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p> <p><u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
	2016	2015													
von	1.600.000 Euro	1.100.000 Euro													
um	1.300.000 Euro														
auf	2.900.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	Kapitel 07 060 Titelgruppe 60 Titel 686 60 Erhöhung des Baransatzes 2016 von 18.029.400 Euro um 1.150.000 Euro auf 19.179.400 Euro <u>Begründung:</u> Die Mittel werden zum einen zur Unterstützung von Inklusion im Sport angesetzt. Konkret soll mit ihnen das Projekt 1000x1000 aufgestockt werden. Neben der Direktförderung von 1000 Mal 1000 € für Vereinsmaßnahmen, die in ihrer Ausrichtung auf die Zusammenarbeit mit Ganztagschulen oder Kindertageseinrichtungen angelegt sind, sollen zukünftig auch 250 inklusive Projekte gefördert werden. Die Mittel werden besonders für kleine Sportvereine ein Anreiz sein, um inklusive Sportangebote im Verein aufzubauen. 1000x1000 ist den Vereinen als niedrigschwellige Fördermöglichkeit bereits bekannt. Die Gelder werden gut abgefragt und dienen der Unterstützung des ehrenamtlichen	Förderung des Sports Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland 2015 17.529.400 Euro	<u>Votum SpA</u> <u>einstimmig angenommen</u> SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja angenommen SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja

		<p>Engagements im Sport.</p> <p>Durch die Einfügung der Finanzmittel in die neu geschaffene Erläuterung 1 e) „Zuschüsse zur Förderung von Inklusionsmaßnahmen im Sport“ setzen wir nebst unserer parlamentarischen Initiative ein weiteres Zeichen für Inklusion im Sport. Hierfür ist ein Ansatz von 250.000 Euro vorgesehen.</p> <p>Weiterhin soll die Förderung der Übungsarbeit (Nr. 10) um 900.000 Euro erhöht werden.</p> <p>Die Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen vor Ort (Übungsleiterpauschale) hat in den vergangenen zehn Jahren keine Erhöhung mehr gefunden, sondern wurde bis 2007 sukzessive gemindert. Dagegen ist die Zahl der Vereine in NRW von 2002 von 17.066 Vereinen mit 4,9 Mio. Mitgliedern auf 19.217 Vereine mit 5,1 Mio. Mitgliedern im Jahr 2014 gestiegen. Insgesamt vereint der Landessportbund 1,5 Mio. ehrenamtlich Tätige, davon 365.000 Funktionsträgerinnen und Funktionsträger. Weiterhin trainieren 56.974 lizenzierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie rund 52.000 Trainerinnen und Trainer in den Fachverbänden den sportlichen Nachwuchs in Nordrhein-Westfalen. In der Summe sind von den Kürzungen somit rund 110.000 Übungsleiterinnen und Übungsleiter betroffen.</p> <p>Um sicherzustellen, dass weiterhin ein guter und flächendeckender Übungsbetrieb in den Sportvereinen stattfindet, soll die Übungsleiterpauschalen in einem ersten Schritt um 900.000 Euro angehoben werden, um die eingetretenen Kostensteigerungen für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter abzufangen.</p> <p>Für 2017 ist eine weitere Erhöhung der Übungsleiterpauschale um 900.000 € vorgesehen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Titel 534 10 Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016: von 1 401 500 Euro um 100 000 Euro auf 1 501 500 Euro</p> <p>2015: 1 705 000 Euro</p> <p>Anbringung eines Haushaltsvermerks: Nr. 5: Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 22.</p> <p>Begründung: Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation zu fördern. Die Erhöhung fußt auf den allgemein gestiegenen Anforderungen an die politische Bildungsarbeit. Zudem sind anlässlich der Jubiläen „70 Jahre NRW“, „70 Jahre Landtag NRW“ und „70 Jahre Landeszentrale für politische Bildung NRW“ deutlich mehr Aufwendungen für Veranstaltungen sowie Informationen zu erwarten.</p>	<p><u>Votum HPA</u> <u>angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 201**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																				
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 22 Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie Salafismus</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung in „Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus“</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 1.050.000 Euro</td> <td>850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.150.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 350.000 Euro</td> <td>300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 750.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeit der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in 2017.</p>	2016	2015	von 1.050.000 Euro	850.000 Euro	um 2.100.000 Euro		auf 3.150.000 Euro		2016	2015	von 350.000 Euro	300.000 Euro	um 750.000 Euro		auf 1.100.000 Euro		<p><u>Votum HPA</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>keine Beteiligung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table> <p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	keine Beteiligung	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	ja
2016	2015																																						
von 1.050.000 Euro	850.000 Euro																																						
um 2.100.000 Euro																																							
auf 3.150.000 Euro																																							
2016	2015																																						
von 350.000 Euro	300.000 Euro																																						
um 750.000 Euro																																							
auf 1.100.000 Euro																																							
SPD	ja																																						
CDU	keine Beteiligung																																						
GRÜNE	ja																																						
FDP	nein																																						
PIRATEN	ja																																						
SPD	ja																																						
CDU	Enthaltung																																						
GRÜNE	ja																																						
FDP	nein																																						
PIRATEN	ja																																						

		<p><u>Folgender Haushaltsvermerk ist anzubringen:</u></p> <p><i>Dieser Titel ist deckungsfähig mit dem Titel 534 10 in der Höhe von bis zu 100.000 EUR für Angebote im Bereich Zuwanderung.</i></p> <p>Neufassung der Erläuterungen zu Titel 684 22:</p> <p>Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen unter anderem Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt und die Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wissenschaftlich begleitet werden. Mehr i.H.v. 250.000 EUR zur zusätzlichen Finanzierung der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.</p> <p>Begründung: Aus dem HH Titel sollen – wie in den Vorjahren – lediglich Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert werden. Für die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll ein neuer HH Titel eingerichtet werden. Die Erhöhung der Mittel dient der Förderung von Toleranz, Weltoffenheit und Solidarität der Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Fremden und Flüchtlingen. Das dafür geeignete Mittel ist die Umsetzung des von der Landesregierung entwickelten integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dieses Konzept muss für die effektive und umfassende Anwendung auch im Rahmen der aktuellen Herausforderungen und Chancen mit zusätzlichem Geld hinterlegt werden, dies ist dazu der erste wichtige Schritt. Integration, ein respektvolles Kennenlernen und ein toleranter Umgang werden vor allem vor Ort realisiert. Deshalb sollen die zusätzlichen Mittel insbesondere dazu beitragen, in den Kreisen und kreisfreien Städten die Entwicklung und Umsetzung langfristig ausgerichteter Konzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus und zur Entwicklung demokratischer zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu unterstützen. Die im integrierten Handlungskonzept gegen</p>	
--	--	---	--

		<p>Rechtsextremismus und Rassismus festgelegten Ziele sollen dabei den Rahmen geben. Auch das Mittel der mobilen Beratungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus hat sich als sehr effektiv erwiesen. Die Notwendigkeit des Ausbaus im Rahmen der aktuellen Anforderungen zeigt sich schon heute in einer deutlich gestiegenen Nachfrage nach Beratung aus dem kommunalen Raum in Folge der Bewältigung der Aufgaben im Bereich der Unterstützung von Flüchtlingen und der Prävention von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.</p> <p>250.000 Euro sollen daher für die Arbeit der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus aufgewandt werden. Die Mobilien Beratungsteams haben insbesondere aufgrund der Flüchtlingssituation einen deutlichen Anstieg an Beratungsanfragen, die mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abzarbeiten sind.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titelgruppe 80</p> <p>Titel 684 80</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 von 983.200 Euro um 500.000 Euro auf 1.483.200 Euro</p> <p><u>Ergänzung der Erläuterung zu Titel 684 80:</u> Von den Mitteln soll das Jüdische Museum Westfalen Zuwendungen in Höhe von 100.000 € erhalten.</p> <p>Begründung: Erinnerungskultur ist elementarer Teil der politischen Bildung. Gerade die NRW-Gedenkstättenarbeit ist durch innovative Konzepte beispielhaft und bedarf verstärkt der Unterstützung. Maßnahmen im Bereich der Erinnerungskultur sollen unter besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft mit einem Umfang von 500.000 Euro durchgeführt werden.</p>	<p>Landeszentrale für politische Bildung Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur</p> <p>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>2015 983.200 Euro</p>	<p><u>Votum HPA</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU keine Beteiligung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>

		<p>Im Koalitionsvertrag 2012-2017, S.78, heißt es hierzu: <i>“Die ‚Erinnerungskultur‘ bedarf der weiteren Unterstützung durch das Land. Dabei sollen die unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungsstränge unseres Landes angemessen berücksichtigt werden.“</i></p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 7
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Titel 684 23 (neu)</p> <p>Einrichtung eines neuen HH Titels mit der Zweckbestimmung „Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus“ mit einem Ansatz</p> <p>2016 von 0 Euro um 200.000 Euro auf 200.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Förderung von Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus soll nicht über den HH Titel 07 070/684 22 erfolgen, sondern es soll ein neuer HH Titel mit einem Baransatz von 200.000 Euro hierfür eingerichtet werden.</p>	<p>Landeszentrale für politische Bildung Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</p> <p>2015 0 Euro</p>	<p><u>Votum HPA</u> <u>einstimmig angenommen</u></p> <p>SPD ja CDU keine Beteiligung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p> <p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2016

Einzelplan 07: **Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport**

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2016 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/10150).

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Familie, Kinder, Jugend,
Kultur und Sport
für das Haushaltsjahr
2016

Kapitel 07 030
Familiendienste und Familienhilfen
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

07 030 Familiendienste und Familienhilfen
A u s g a b e n
Titelgruppen
Titelgruppe 70

geändert: Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik
6. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von insgesamt 3.100.000 EUR der
Einsparungen bei Kapitel 07 040 Titel 633 10, 633 20, 684 10 sowie
Titelgruppen 62, 89 bis 94 und 97 geleistet werden.

684 70 291	Zuschüsse an freie Träger.....	21 788 600	+2 000 000	23 788 600
	Summe Titelgruppe 70.....	26 788 600	+2 000 000	28 788 600
	Gesamtausgaben Kapitel 07 030.....	202 860 100	+2 000 000	204 860 100
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 030.....	1 420 000	—	1 420 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 07 040
Kinder- und Jugendhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

07 040

Kinder- und Jugendhilfe

Ausgaben

Titelgruppen

Titelgruppe 64

Leistungen für Mädchen in besonderen Lebenslagen

684 64	266	Zuschüsse an freie Träger.	250 000	+500 000	750 000
		Verpflichtungsermächtigung:			
		bisher			
		—			
		mehr / weniger			
		+750 000			
		neu			
		750 000			
		Summe Titelgruppe 64.	250 000	+500 000	750 000
		Gesamtausgaben Kapitel 07 040.	2 876 269 700	+500 000	2 876 769 700
		Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040.	42 005 000	+750 000	42 755 000

**Kapitel 07 050
Kulturförderung**
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
07 050	Kulturförderung			
	A u s g a b e n			
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung			
633 60	182 Zuweisungen an die Gemeinden (GV) für Orchester, Musikschulen und Musikfeste.	6 778 500	+500 000	7 278 500
	Summe Titelgruppe 60.	22 640 700	+500 000	23 140 700
	Titelgruppe 62 Theaterförderung			
633 62	181 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	20 621 900	+200 000	20 821 900
	Summe Titelgruppe 62.	58 106 600	+200 000	58 306 600
	Titelgruppe 63 Stiftung "Jedem Kind Instrumentalspiel, Tanzen, Singen (JeKits)"			
686 63	182 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . . Verpflichtungsermächtigung: bisher mehr / weniger neu 8 000 000 +1 000 000 9 000 000	9 940 000	—	9 940 000
	Summe Titelgruppe 63.	10 740 000	—	10 740 000
	Titelgruppe 64 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche			
633 64	187 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden.	7 792 500	+800 000	8 592 500
	Summe Titelgruppe 64.	8 592 500	+800 000	9 392 500
	Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaus- tausch			
685 90	187 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland. . .	694 000	+300 000	994 000
	Summe Titelgruppe 90.	3 357 000	+300 000	3 657 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 07 050
Kulturförderung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			
	Titelgruppe 91 Förderung von Kulturbauten			
883 91 187	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden.	1 600 000	+1 300 000	2 900 000
	Summe Titelgruppe 91.	1 600 000	+1 300 000	2 900 000
	Gesamtausgaben Kapitel 07 050.	184 526 200	+3 100 000	187 626 200
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 050.	103 570 000	+1 000 000	104 570 000

Kapitel 07 060
Förderung des Sports
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	

07 060

Förderung des Sports
A u s g a b e n
Titelgruppen

Titelgruppe 60

Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports.

686 60	322	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland.	18 029 400	+1 150 000	19 179 400
Summe Titelgruppe 60.			28 390 100	+1 150 000	29 540 100
Gesamtausgaben Kapitel 07 060.			62 817 000	+1 150 000	63 967 000
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 060.			8 600 000	—	8 600 000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

07 070 Landeszentrale für politische Bildung

A u s g a b e n**Sächliche Verwaltungsausgaben**

534 10 153	Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung.	1 401 500	+100 000	1 501 500
<i>neuer Vermerk:</i>	5. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 22.			

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

684 22 153	Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.	1 050 000	+2 100 000	3 150 000
<i>neuer Vermerk:</i>	Dieser Titel ist deckungsfähig mit dem Titel 534 10 in der Höhe von bis zu 100.000 EUR für Angebote im Bereich Zuwanderung.			
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	350 000	+750 000		1 100 000

**Erläuterung
Zu Titel 684 22:**

Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen unter anderem Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gefördert, die Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus unterstützt und die Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes wissenschaftlich begleitet werden. Mehr i.H.v. 250.000 EUR zur zusätzlichen Finanzierung der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus.

n e u

684 23 153	Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus.	—	+200 000	200 000
-------------------	---	----------	-----------------	----------------

Titelgruppen

Titelgruppe 80

Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur

684 80 153	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen.	983 200	+500 000	1 483 200
-------------------	--	----------------	-----------------	------------------

**Erläuterung
Zu Titel 684 80:**

Von den Mitteln soll das Jüdische Museum Westfalen Zuwendungen in Höhe von 100.000 EUR erhalten.

Summe Titelgruppe 80.	983 200	+500 000	1 483 200
Gesamtausgaben Kapitel 07 070.	9 918 900	+2 900 000	12 818 900
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 070.	955 000	+750 000	1 705 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	159 274 900	—	159 274 900
	Gesamtausgaben	3 372 580 600	+9 650 000	3 382 230 600
	Verpflichtungsermächtigungen	159 020 000	+2 500 000	161 520 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	221	—	221
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	206	—	206
	Summe	427	—	427